

FRAKTIONEN, KANDIDATEN und PROGRAMME

Fragen, die immer wieder in „Wahlkämpfen“ auf Österreichs Universitäten auftauchen. 6 Fraktionen werben dieses Jahr um die Stimmen der Studenten am Hauptausschuß der TU-Graz. Zwei davon, die JES und der KSV versuchen dies wiederholten Male ein Mandat zu erringen. Sie traten bisher nur in Wahlzeiten in Erscheinung und werden deshalb wohl kaum aus ihrem Schattendasein heraustreten.

4 Fraktionen sind momentan im Hauptausschuß vertreten. Die ÖSU, seit Jahren Mehrheitsfraktion mit 6 Mandaten, der RFS, die EX-Mehrheitsfraktion vom Anfang der 70er Jahre, die sich momentan bei 2 Mandaten eingependelt hat, der VSSfÖ, seit Jahren um das dritte Mandat kämpfend und es immer knapp verfehlend, und das Studentenforum, das 1979 zum ersten Mal ein Mandat errungen hat.

Um euch eine kleine bescheidene Entscheidungshilfe für den Gang zur Urne am 20. und 21. Mai zu geben, haben wir auf der Technik vier Themenbereiche ausgewählt und die einzelnen Fraktionen gebeten, dazu Stellung zu nehmen. Ziel war, vergleichbare (?) Aussagen zu bekommen, was auch gelungen scheint, um Euch die Unterschiede der kandidierenden Fraktionen anhand dieser 4 Punkte aufzuzeigen.

— ALLGEMEINPOLITISCHES MANDAT —



RFS.:

Wenn wir Studenten zweimal im Jahr zur Inskriptionszeit den Erlagschein zur Hand nehmen und damit unsere Mitgliedschaft zur Österreichischen Hochschülerschaft bekunden, sollten wir uns überlegen, was mit diesem Geld geschieht. Es wird nämlich nur zu einem geringen Teil dem Zweck zugeführt, der eigentlich naheliegend ist, der Vertretung studentischer und studienbezogener Interessen. Der Löwenanteil fließt durch das allgemeinpolitische Sprachrohr und verpufft dort mehr oder minder wirkungslos. Der Zentralausschuß wird von vielen „Studentenvertretern“, die sich als Mini- und Nachwuchspolitiker profilieren wollen, als Möglichkeit mißverstanden, in die Lokal- oder gar Welt-politik einzugreifen. Zu welchen Auswüchsen das führt, dringt leider nur selten an die Öffentlichkeit, steht aber in allen Protokollen. Da wird mit dünnen Mehrheiten durchgedrückt, daß etwa das Schah-Regime in Persien zu verurteilen sei. Demonstrationen, Flugblätter verbreiten dann die Meinung „aller“ Studenten. Ein neuer Mann an der Macht in Persien — Hurra? Na doch nicht das, was wir wollten. Dennoch, nun sind die Universitäten im Iran gesperrt, das Volk kam vom Regen in die Traufe. Nur ein Beispiel von vielen Blamagen. Aus jedem Verein kann man austreten, wenn einem Inhalt und Ziele nicht mehr zusagen. Nicht so aus der ÖH, der „Körperschaft öffentlicher Rechts“, die ihre Mitglieder durch das Gesetz, daß nur brave Beitragszahler studieren dürfen, bei der Stange hält. Und da ist noch ein Zuckerl: Die Sonderprojekte, die jedermann durchführen darf und dafür Geld aus der Studentenkasse bekommt. Bevorzugt werden Projekte aus fortschrittlich linken Kreisen genehmigt: Das kleine Einmaleins des Marxismus als Lehrauftrag, Gastspiel des Triestiner Partisa-

nenchores in Österreich, Werbekampagnen für den Zivildienst und so fort. Um den jeweiligen politischen Wind der gerade in der Hochschülerschaft weht, auch dem „Volk“ bekanntzumachen, ist die Hauspostille „ÖH-Expreß“ da. Ein Blättchen, in dem vom harmlosen bis gefährlichen Schwachsinn ziemlich alles abgedruckt steht. Der Ring freiheitlicher Studenten weigert sich, dem länger zuzusehen! Politik soll in den einzelnen Studentenfraktionen gemacht werden, keine Bevormundung durch die ÖH-Exekutive! Wenn politische Fragen aktuell sind, zu denen Übereinstimmung zwischen den verschiedenen Fraktionen besteht, kann jederzeit gemeinsam gehandelt werden (z. B. Atomkraftwerke).

Wir fordern, daß sich die ÖH allgemeinpolitischer Aussagen enthält. Und sich nur studienbezogenen Fragen widmet!



Michael GUMPESBERGER
Maschinenbau, 10. Semester
Sparbersbachgasse 51, 8010 Graz



STUDENTENFORUM:

Das STUDENTENFORUM bekennt sich zum allgemeinpolitischen Mandat der ÖH. Wir erachten es für sinnvoll, daß die Studentenvvertretung zu Themen von allgemeinem Interesse Stellung nimmt.

Die Diskussion über derartige Fragen darf jedoch nicht die Beschäftigung mit den eigentlich studentischen Problemen verhindern. Die Sitzungen des Zentralausschusses zeigen ganz deutlich, wohin diese Entwicklung führt. Da wird in Wien z. B. stundenlang über Afghanistan, Kuba, Nachrüstung etc. debattiert, aber über ein Millio-nenbudget wird fast kein Wort verloren; andere studentische Anliegen kommen kaum zur Sprache.

Auch beim allgemeinpolitischen Mandat gelten natürlich unsere im „Klagenfurter Programm“ des STUDENTENFORUM dargelegten Grundsätze. Hier möchten wir vor allem das Prinzip der Subsidiarität herausgreifen. Wir wenden uns daher gegen eine Vergrößerung der Bürokratie und gegen mehr Staat. Soweit möglich soll eine kleinere Einheit (z. B. Familie, Gemeinde...) die Probleme lösen. Die nächstgrößere Einheit darf nur dann eingreifen, wenn es der kleineren Einheit nicht möglich ist, ihre Probleme selbst zu lösen. Politisch bedeutet das daher ein Bekenntnis zum Föderalismus und ein Streben nach mehr Demokratie. Mehr Demokratie bedeutet für uns: Mehr Teilnahme von mehr Menschen an mehr Entscheidungen.